

Stand: 20.04.2026 06:16:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21821

"Friedensbildung an Bayerns Schulen verankern - Servicestelle einrichten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21821 vom 17.03.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22994 des BI vom 17.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23268 vom 22.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Friedensbildung an Bayerns Schulen verankern – Servicestelle einrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zur Wahrung des Friedens als eine zentrale Grundlage der Bayerischen Verfassung zu bekennen und dafür zu sorgen, dass

- Friedensbildung in den Lehrplänen der bayerischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen festgeschrieben wird,
- den Lehrenden eine entsprechende Aus- und Fortbildung ermöglicht wird,
- eine Servicestelle Friedensbildung nach Baden-Württembergischen Vorbild eingerichtet wird, die Lehrende und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit Informations-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangeboten zum Thema Friedensbildung unterstützt.

Die notwendigen Mittel dafür sollen im Entwurf des nächsten Doppelhaushalts eingestellt werden.

Begründung:

Die Präambel der Bayerischen Verfassung betont die Entschlossenheit, kommenden Generationen „die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern“. Zur Erfüllung dieses Zieles ist es unerlässlich, den Heranwachsenden im Rahmen der schulischen Bildung den Wert eines gewaltfreien Miteinanders in Schule und Gesellschaft zu vermitteln. In diesem Sinne sollte an den Schulen Friedensbildung als Teil politischer Bildung stattfinden.

Schülerinnen und Schüler sollen sich im Unterricht mit politischen Konflikten auseinandersetzen, die Prinzipien militärischen Eingreifens und ziviler Konfliktbearbeitung kennen und lernen, im schulischen und außerschulischen Kontext mit zwischenmenschlichen Konflikten gewaltfrei und konstruktiv umzugehen. Die Servicestelle richtet dafür Angebote an Schulen, bietet Informationen, Unterrichtsmaterialien und Recherchehilfen an, organisiert Veranstaltungen, Fortbildungen und Qualifizierungen für Lehrpersonal, Teams und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Zur praktischen Umsetzung und Unterstützung dieses Bildungszieles soll eine Servicestelle Friedensbildung nach Baden-Württembergischen Vorbild eingerichtet werden. Grundlage für die Einrichtung der dortigen Servicestelle ist eine von 17 Organisationen aus dem Bereich der Friedensbewegung und Friedenspädagogik gemeinsam mit dem

Staatsministerium für Unterricht und Kultus unterzeichnete „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen“.¹

¹ <https://km-bw.de/,Lde/4461400?QUERYSTRING=Friedensbildung>



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/21821**

Friedensbildung an Bayerns Schulen verankern – Servicestelle einrichten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Anne Franke**
Mitberichterstatler: **Johann Häusler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 28. April 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 17. Mai 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/21821, 18/22994

Friedensbildung an Bayerns Schulen verankern – Servicestelle einrichten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

12. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen.“
Drs. 18/22450, 18/23156 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/22451, 18/23157 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ukraine, Georgien und Moldau –
Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive
Drs. 18/22525, 18/23116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.